

## Millennium-Ziele?

### Kampagne zugunsten der Uno-Postulate

ai. Basel, 1. Dezember

Im Jahr 2000 haben 192 Länder die Millennium-Entwicklungsziele der Uno unterzeichnet, die unter anderem fordern, dass bis 2015 Hunger und Armut in der Dritten Welt halbiert, die Kindersterblichkeit verringert und die Gesundheitsversorgung verbessert werden sollen. Was damals mit grosser Geste lanciert worden war, ist in der Öffentlichkeit längst in Vergessenheit geraten. Eine in der Schweiz durchgeführte ISO-Public-Umfrage hat ergeben, dass 88 Prozent der Interviewten mit dem Thema nichts anzufangen wussten. In Auftrag gegeben worden war die Enquête durch ein neues Basler «Zentrum für die Millennium-Entwicklungsziele», das von einer privaten Stiftung ins Leben gerufen worden ist und sich vorgenommen hat, die Erinnerung an die damaligen Uno-Postulate aufzufrischen und sich für deren Realisierung einzusetzen. An der ersten öffentlichen Veranstaltung des Instituts war auch Bundesrätin Doris Leuthard zugegen.

Geschäftsleiter und alt Nationalrat Remo Gysin erinnerte am Anlass daran, dass die erste Hälfte der vorgesehenen Frist verstrichen sei, ohne dass bei der Realisierung der Ziele grosse Fortschritte erzielt worden seien. Er forderte, die Schweiz solle mit dem guten Beispiel vorangehen und ihre Entwicklungshilfe, wie in der Millennium-Erklärung festgeschrieben, auf 0,7 Prozent des Bruttoinlandprodukts (BIP) aufstocken. Daneben rief er die hiesigen Unternehmen auf, ihren Beitrag zu den Millennium-Zielen zu leisten und «verbindliche Konzepte zu ihrer sozialen und ökologischen Verantwortung» zu erstellen. Schliesslich müsse man auch ein «verbindliches Konzept von Uno-Normen» erstellen und damit die Multis in die Pflicht nehmen.

Bundesrätin Leuthard verlieh der Veranstaltung die Aura des Offiziellen, machte in ihrer Ansprache aber deutlich, dass sie die von Gysin vertretenen linken Postulate keineswegs teilt. Die Wirtschaftsministerin betonte, Armutsbekämpfung müsse vor allem darin bestehen, dass man den Entwicklungsländern den Zugang zu den Märkten der Industrienationen erleichtere. Und punkto Entwicklungshilfe betonte sie, der Bund sei daran, seinen Beitrag für die Periode 2009 bis 2012 auf «immerhin» 0,4 Prozent des BIP zu erhöhen. Im Übrigen sprach sich Leuthard gegen eine «allzu grosszügige Verteilung von Entwicklungsgeldern» aus; was zähle, sei die Qualität der Entwicklungshilfe, nicht die Masse.